

E-Government-Forschung für Deutschland

**Rede
von Bundesminister
Dr. Wolfgang Schäuble
bei der Konferenz „Zukunft gestalten –
E-Government-Forschung für Deutschland“
am 17. Juli 2007 in Berlin**

Die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften ist in ihrer Art in Deutschland einzigartig. Damit meine ich nicht die bewegte Geschichte und lange Tradition der vor 15 Jahren neu gegründeten Akademie, die auf die renommierte Preußische Akademie der Wissenschaften zurückgeht. Vielmehr geht es mir um ihr Selbstverständnis, das durch inter- und transdisziplinäres Arbeiten auf der Basis von Kooperationen geprägt ist.

Die Mitglieder der Akademie bearbeiten in interdisziplinären Arbeitsgruppen und Initiativen – in einer in der deutschen Akademienlandschaft einzigartigen Weise – gemeinsam mit externen Fachleuten und Nachwuchswissenschaftlern Themen von hoher wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Bedeutung. Die Akademie kann sich bei ihrer Arbeit außerdem auf ein internationales Netzwerk von fast 20 Akademien auf drei Kontinenten stützen.

Die Akademie bietet also einen ausgezeichneten Rahmen für diese Konferenz, die wir einberufen haben, um den Austausch zwischen Wissenschaft und öffentlicher Verwaltung über E-Government-Forschung anzuregen und neue Kooperationsformen zu finden.

Mit der Wirtschaft ist uns das bereits gelungen. Sie ist immer häufiger in E-Government-Vorhaben involviert. Unternehmen und Behörden entwickeln inzwischen gemeinsam Prozessketten, um ihre Geschäftsabläufe und IT-Verfahren über standardisierte Schnittstellen und Austauschformate zusammenzuführen.

Wir wollen aber auch stärker mit der Wissenschaft zusammenarbeiten, damit wir neue, innovative Lösungsansätze möglichst früh in die E-Government-Vorhaben der öffentlichen Verwaltung einbeziehen können. Im Grunde wäre es ideal, wenn Fachleute aus Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung die Projekte gemeinsam konzipieren und anschließend auch gemeinsam realisieren würden.

Als Wissenschaftler, Unternehmer und Mitglied im Rat für Innovation und Wachstum der Bundesregierung vereint Herr Professor Scheer die verschiedenen Bereiche wie kaum jemand anders in seiner Person. Lieber Herr Professor Scheer, ich freue mich und danke Ihnen, dass Sie trotz Ihrer vielen Aufgaben heute hier sind – auch nach Ihrer Wahl zum BITKOM-Präsidenten, zu der ich herzlich gratuliere.

Insgesamt sind 35 wissenschaftliche Einrichtungen dem Ruf des BMI gefolgt. Auch Ihnen herzlichen Dank, dass Sie gekommen sind. Die vielen Forschungsdisziplinen, die sich hier versammelt haben, lassen eine fruchtbare interdisziplinäre Diskussion erwarten. Sie zeigen auch, dass die Themen, die uns im Ministerium bewegen, offensichtlich auch in der Wissenschaft eine Rolle spielen.

Welche Aufgaben sind es, die aus Sicht der Verwaltung im E-Government vor uns liegen? Und wo wollen wir die Wissenschaft stärker einbeziehen?

Deutschland kann und sollte die Informationsgesellschaft national und international durch eigene Ideen, Methoden und Lösungen mitgestalten. Die Hightech-Strategie der Bundesregierung, an der mein Haus mitgewirkt hat, soll Deutschland an die Spitze der wichtigsten Zukunftsmärkte führen und – entsprechend der Vereinbarung der europäischen Staats- und Regierungschefs in Lissabon – den Anteil der Investitionen in Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt bis 2010 auf drei Prozent steigern. Die Bundesregierung stellt dafür immerhin rund 15 Milliarden Euro bereit.

Mit sechs Milliarden Euro will die Bundesregierung die Forschung und Entwicklung in den zukunftssträchtesten Bereichen stärken. Wir haben insgesamt 17 Zukunftsfelder identifiziert, die von herausragendem nationalen Interesse sind und wirtschaftliches

und wissenschaftliches Potenzial haben. Hierzu zählen die Informations- und Kommunikationstechnologien und damit auch das E-Government.

Das Potential, das in E-Government steckt, wird also wahrgenommen. Mit Hilfe des Internets kann der Staat die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger, der Unternehmen wie auch der Behörden nach mehr Effizienz, besserem Service und weniger Bürokratie erfüllen. Die Lebens-, Arbeits- und Investitionsbedingungen entscheiden über den wirtschaftlichen Erfolg von Standorten und damit über den Wohlstand der Bevölkerung. Und auch die öffentliche Verwaltung steht – wie die Wirtschaft – im internationalen Wettbewerb.

Informations- und Kommunikationstechnologien fördern das Wachstum unserer zunehmend wissensorientierten Wirtschaft. Auf der intensiveren Nutzung von IT und Internet beruhen etwa 35 Prozent aller Produktivitätszuwächse der Wirtschaft in Deutschland. Wir brauchen diesen Effekt aus vielen Gründen auch in der Verwaltung.

Der nationale IT-Gipfel im Dezember vergangenen Jahres hat das bereits aufgegriffen: Die Informations- und Kommunikationstechnologien sind der Schlüssel auf dem Weg zu einer effizienteren Verwaltung – einer Verwaltung, die unserer Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts angemessen sein will.

Wir müssen, um dieses Ziel zu erreichen, fünf Aspekte berücksichtigen:

Der Staat muss erstens zukunftsfähige Informations- und Kommunikationstechnologien einsetzen, um die eigenen Verfahren und Systeme zu modernisieren. Durch den Kauf innovativer Produkte und Dienstleistungen fördert er zugleich die Forschung und stärkt die Position der IT-Branche. Der Forschungs- und Technologiestandort Deutschland werden so von den staatlichen Investitionen profitieren.

Wir müssen zweitens – das ist wahrscheinlich noch viel schwieriger – unsere Gesetzgebung überdenken. Die deutsche Verwaltung war ja aufgrund der hohen rechtsstaatlichen Standards ein Exportschlager. Wenn wir uns jetzt als zukunftsfähige Informationsgesellschaft aufstellen wollen, benötigen wir Gesetze, die Freiheit und

Rechtsstaatlichkeit auch im virtuellen Raum herstellen. Auch unter dem Stichwort Bürokratisierung müssen wir eine Menge neuer Lösungen suchen. Wir haben jedenfalls angefangen, die Fragen zu stellen und damit anzuerkennen, dass es sie gibt. Das ist ein erster Schritt auf einem langen und nicht einfachen Weg der Besserung.

Wir müssen – das ist der dritte Punkt – auch konsensfähige Antworten auf die grundlegenden Fragen finden, welche Rolle etwa der Nationalstaat heute einnehmen soll oder noch einnehmen kann, etwa beim Schutz von bestimmten Schlüsselbereichen bis hin zu Sicherheitsfragen und sicherheitsrelevanten Technologien. Wo sollen Zuständigkeiten und damit Eingriffsmöglichkeiten des Staates enden? Der Bundesinnenminister hat bei dieser Frage immer zwei Seelen in seiner Brust: auf der einen Seite die Informationstechnologien sicher zu machen und auf der anderen Seite nicht aus dem Auge zu verlieren, dass in der Menschheitsgeschichte neue Technologien immer auch neue Möglichkeiten der Bedrohung geschaffen haben. Deswegen müssen die Sicherheitsbehörden in der Lage sein, in dem Wettlauf der Entwicklung neuer Technologien Schritt zu halten. Denn politische Stabilität, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit und nachhaltige Freiheit sind – in der realen wie in der virtuellen Welt – wichtige Standortkriterien.

Wir müssen viertens genau darauf achten, dass alle Bürgerinnen und Bürger an der Informationsgesellschaft teilhaben können. Wenn man sich die demographische Entwicklung – die natürlich auch Effizienzgewinne durch E-Government aus anderen Gründen notwendig macht – oder etwa die Integrationsdefizite in unserer Gesellschaft vor Augen hält, weiß man, was das heißt. Es darf jedenfalls niemand von dieser Informationsgesellschaft ausgeschlossen werden.

Wir müssen fünftens unsere Behörden in die Lage versetzen, den elektronischen Kommunikationsraum ebenenübergreifend – und in Europa auch länderübergreifend – nutzen zu können.

Viele in Deutschland fragen sich ja, warum es beispielsweise so lange dauert bis wir den BOS-Digitalfunk haben, oder glauben, dass es so ein Theater, wie wir es bei der LKW-Maut eine Zeit lang hatten – wir haben es dann doch ganz gut hingekriegt –, nur in Deutschland gäbe. Wenn ich Ihnen die Verzögerungen beim Schengener In-

formationssystem II in der Verantwortung der Europäischen Kommission ein wenig schildern würde oder die Bemühungen, das Schengener Informationssystem I im Zuge der Schengenerweiterung für alle zu öffnen, dann würden Sie sehen, dass wir mit unseren Schwierigkeiten auf dieser Welt und auch in Europa nicht ganz allein sind, was auch tröstlich ist.

Ich will diesen Punkt noch ein bisschen konkretisieren:

Wenn man umzieht, muss man viele Behörden unterrichten: das Einwohnermeldeamt, die Finanzbehörden, die Kindergeldstelle und viele mehr. Bis alle von dem Umzug erfahren haben, kann das einige Monate dauern. Das hat zur Folge, dass Bürgerinnen und Bürger die eine oder andere Behörde selbst über ihre neue Anschrift informieren müssen. Die Verzögerungen entstehen, obwohl alle beteiligten Behörden Computer und Netzwerke einsetzen. Die meisten Behörden arbeiten für sich genommen, wenn sie in Ruhe gelassen werden, effizient und effektiv. Aber wenn eine Meldung an verschiedene Behörden verteilt werden muss, verzögern unterschiedliche Datenformate und fehlende Online-Verbindungen den Prozess. In vielen Fällen druckt eine Behörde die Meldung aus, sendet sie weiter, und die nächste Behörde erfasst die Daten erneut elektronisch.

Das ist eigentlich ein bisschen vorsintflutlich. Aber wir dürfen dabei nicht vergessen, dass die IT-Landschaft der deutschen Verwaltung um einzelne Fachaufgaben herum entstanden ist und ein komplexes Regelwerk zu beachten hat. Wir werden noch einige Rechtsanpassungen vornehmen müssen, um eine durchgängige elektronische Zusammenarbeit auch zwischen den Behörden zu ermöglichen. Und wir werden auch noch viele Debatten mit dem Datenschutz über diese Fragen haben.

Im Moment haben wir singuläre Behördenlösungen, fachspezifische Vernetzungsprojekte und unterschiedliche Standards. Es ist wie in der Frühzeit der Eisenbahn, als verschiedene Eisenbahngesellschaften einzelne Strecken bauten. Später hat man dann die unterschiedlichen Spurbreiten, Signaltechniken und Regeln vereinheitlicht.

In der Informationstechnik des Staates betreibt – um in diesem Bild zu bleiben – jeder seine eigenen Schienennetze, setzt verschiedene Signaltechniken ein und errich-

tet Rangierbahnhöfe im Abstand von wenigen Kilometern. Oder bei meinem Beispiel von der ausgedruckten und wieder eingegebenen Umzugsmitteilung: Manchmal müssen Züge auf Tieflader gehoben, ein paar Kilometer auf der Straße befördert und dann wieder auf die Schiene gesetzt werden. Effizient ist das nicht.

Bei der Eisenbahn wurde dieser Zustand überwunden, weil sie als eine infrastrukturelle Aufgabe des Staates wahrgenommen wurde. Wahrscheinlich liegt irgendwo hier die Lösung: Wir müssen die IT und Kommunikationsnetze der Behörden als gesamtstaatliche Infrastruktur sehen, die einheitlich geplant und fortentwickelt werden muss. Das wird übrigens ein wichtiges Thema im Zusammenhang mit der Föderalismusreform II sein, bei der es ja nicht nur um die Finanzbeziehung zwischen Bund und Ländern und um die Begrenzung der Schulden geht, sondern bei der wir Effizienzgewinne im Verhältnis zwischen Bund, Ländern und Gemeinden erzielen müssen, weil sonst die Finanzbeziehung nicht zu reformieren sind. Denn keiner will ja am Ende weniger haben. Und wenn Sie ein Nullsummenspiel erfolgreich gestalten wollen, dann brauchen sie Effizienzgewinne, um etwas zu bewegen.

Alle für Deutschland traditionell wichtigen Infrastrukturen haben ihren Platz im Grundgesetz in den Artikeln 83 ff. Ihre Bedeutung, die Verantwortungsbereiche und die sie betreffenden Verfahren sind klar geregelt. Solche eindeutigen Regelungen benötigen wir auch für die IT-Infrastruktur der öffentlichen Verwaltung. Wir werden also einen gesamtstaatlichen Entscheidungsmechanismus für die Planung und Entwicklung dieser Infrastruktur und der ihr zugrunde liegenden Standards brauchen. Um es klar zu sagen, ich bin der Meinung, dass der Föderalismus eine angemessene und mit seinem Wettbewerbsprinzip sogar überlegene Staatsform ist. Aber er muss auf diese Anforderungen entsprechende Antworten finden, was eine der großen Herausforderungen in Deutschland und übrigens auch in der Europäischen Union ist.

Die öffentliche Verwaltung hat noch einige Aufgaben vor sich. Jede der von mir erwähnten Aufgaben bringt wiederum viele Einzelprobleme mit sich, die differenziert betrachtet werden müssen. Für all dies brauchen wir Ihre Mitwirkung: Sie können uns bei der Frage helfen, welche technischen Möglichkeiten zur Lösung der Probleme beitragen können.

Mein Haus investiert bis 2009 etwa 36 Millionen Euro in Forschung und Entwicklung von zukunftsfähigen Kommunikations- und Identifizierungstechnologien sowie in die Umsetzung von Deutschland-Online Vorhaben. Mit diesen Mitteln können und sollen auch Sie innovative Lösungen für die deutsche Verwaltung entwickeln. Übergreifende Kooperationen, neue Technologien und rechtliche Sachverhalte können anschließend in Pilotverfahren geprüft werden.

E-Government ist die verbindende Klammer zwischen Verwaltungsmodernisierung einerseits sowie Wirtschafts-, Standort- und Sicherheitspolitik auf der anderen Seite. Deshalb erhoffe ich mir, dass die Forschung in der Informatik zusammen mit Rechts-, Wirtschafts-, Verwaltungs- und Sozialwissenschaften interdisziplinäre Lösungsansätze für künftige E-Government-Vorhaben erarbeitet. Ein Beispiel hierfür ist die Veröffentlichung der Marktanalyse im Bereich der Prozessketten, mit deren Resonanz wir übrigens ganz zufrieden sind. Zwei weitere Studien zu E-Partizipation und E-Inclusion wurden von meinem Ministerium bereits ausgeschrieben.

Der heutige Tag soll den Auftakt zum Austausch von Wissenschaft und Verwaltung über Forschungsbedarf, Forschungsansätze und -ergebnisse im E-Government bilden. Deshalb wünsche ich allen Anwesenden, dass der Geist der Akademie Ihre Zusammenarbeit kräftig inspiriert.

Die noch größere Herausforderung wird wohl darin bestehen, die in der Konferenz ermittelten Potenziale tatsächlich auszuschöpfen und wirksam werden zu lassen. Das wird nur gelingen, wenn die gefundenen Lösungen und Ergebnisse auch in die Praxis übertragbar sind und dort breite Anwendung finden können. Dieser Prozess muss dann wiederum kritisch begleitet werden, damit gegebenenfalls notwendige Kurskorrekturen frühzeitig eingeleitet werden können. Auch dabei bitte ich die Wissenschaft, unsere Verwaltung nach Kräften zu unterstützen.

Ich werde mich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass das Innenministerium den Dialog mit der Wissenschaft verstetigt und auch in den kommenden Jahren in Forschungsvorhaben investiert. Und mit diesem Versprechen möchte ich Sie nun zu interessanten und fruchtbaren Fachgespräche ermuntern.